

Brauchen mehr Offenheit für technologischen Fortschritt

08.03.2020 20:27

Bundestagsabgeordneter Florian Oßner diskutiert mit Gymnasiasten in Rohr

In der Gesprächsrunde mit den zehnten Klassen ging es vor allem um Digitalisierung, Umweltschutz und die Zukunftschancen für die junge Generation. Sein Fazit: Die Bundesregierung will durch den Ausbau der Infrastruktur für den digitalen Wandel und die Förderung von Technologien zur Mobilität von morgen die Grundlage schaffen, dass die Jugendlichen gute Jobperspektiven in einer intakten Umwelt haben. Dabei sind Klimaschutz und technologischer Fortschritt laut Oßner keine Gegensätze – sondern können nur gemeinsam funktionieren.

„Der digitale Wandel ist die zentrale Herausforderung für unsere Gesellschaft und Wirtschaft“, sagte Oßner, der die Region im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur im Deutschen Bundestag vertritt. Die Berufsfelder in der Arbeitswelt würden immer spezialisierter und ganze Berufsgruppen würden verschwinden. „Dafür werden viele neue Berufsbilder entstehen, die für mehr Freiheiten und Lebensqualität entscheidend sein werden. Die Frage ist nur, ob wir es in Deutschland schaffen, mit diesem Wandel Schritt zu halten“, erklärte Oßner.

Die Bundesregierung arbeite daran, mit dem Ausbau des schnellen Internets und des flächendeckenden Mobilfunks sowie durch Forschungs- und Bildungsoffensiven den Rahmen zu schaffen, damit auch künftig kluge Köpfe vor Ort gefördert und gehalten werden können. „Wir haben aber aktuell das Problem, dass die so wichtigen IT-Berufe bei den Mädchen gar nicht in den Top Ten der Berufswünsche auftauchen. Und bei den Jungen sind sie von Platz zwei auf vier zurückgefallen.“ Darum brauche es eine positive gesellschaftliche Haltung und mehr Offenheit für den technologischen Fortschritt.

Region soll Ideenmotor sein

Oßner sprach sich dafür aus, dass die Heimatregion der Ideenmotor für die technische und soziale Weiterentwicklung sein solle: „Wir wollen im Bereich der Mobilität zum Beispiel den Aufbau der Wasserstoffregion Landshut, als auch autonomes Fahren wie in Abensberg und Kelheim fördern, damit der Bereich Landshut-Kelheim auch in Zukunft Spitze bleibt.“ Verbote und staatliche Bevormundung brächten hingegen niemanden weiter. Das zeige sich auch am Beispiel des Verbrennungsmotors. Ein übereiltes Verbot würde die Automobilindustrie noch stärker hemmen und die Unsicherheit der Bürger über die Leistungsfähigkeit der deutschen Schlüsselindustrie verstärken.

Ähnlich sei es mit einem überstürzten Ausstieg aus der Kohleverstromung, wie Oßner sagte. Weil aktuell noch rund 60 Prozent des deutschen Energiebedarfs durch fossile Energieträger gedeckt würden, müsse der Ausbau der erneuerbaren Energien nun hinterherkommen. Dafür brauche es starke Rückendeckung aus der Bevölkerung, „damit wir am Ende nicht Kohle- oder Atomstrom aus dem Ausland benötigen, um genug sowie bezahlbaren Strom zu bekommen. Unbestritten bleibt aber, dass wir am Ende keine

Stromerzeugung mehr wollen, die CO₂ produziert."

Zum Schluss der angeregten Diskussion mit zahlreichen Fragen appellierte Oßner an die Jugendlichen, sich bei gesellschaftlichen Debatten und Themen immer beide Seiten der Medaille anzusehen, ohne vorschnell eine Entscheidung zu treffen. Außerdem rief er die Schülerinnen und Schüler dazu auf, sich gesellschaftlich oder politisch zu engagieren: „Ihr habt die Freiheit, unsere Gesellschaft mitzugestalten. Dieses unbezahlbare Privileg müsst ihr unbedingt nutzen.“



— Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (links) diskutierte mit den Schülerinnen und Schülern eineinhalb Stunden lang angeregt über Themen wie den Umgang mit dem digitalen Wandel sowie den Klimaschutz.



— Lehrerin Frauke Kurth überreichte Florian Oßner 100 rote Handabdrücke, mit denen sich die

Schülerinnen und Schüler im Rahmen des internationalen Red Hand Days gegen den Einsatz von Kindersoldaten aussprechen. Obner sicherte zu, diese Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer in Berlin persönlich zu übergeben.